

Bau eines Jugendwohnheims geplant

Berufsschulverbandssitzung: Haushalt für 2019 vorgestellt – 118 Schüler weniger

Bei der ersten Berufsschulverbandssitzung des Jahres ging es um den Bau und Betrieb eines Jugendwohnheims und den Haushalt für 2019. Die Generalsanierung der Berufsschule I werde hingegen im Moment nicht weiterverfolgt.

Im Haushaltsjahr 2018 gab es laut Marion Fischer von der Schulverwaltung vier überplanmäßige Bereitstellungen von Haushaltsmitteln. Die Geschäftsstelle des Berufsschulverbandes hat im Jahr 2018 bei diversen Haushaltsstellen im Verwaltungshaushalt zusätzlich rund 240000 Euro benötigt. Gründe waren beispielsweise Vertragsänderungen mit dem Katholischen Jugendsozialwerk und unerwartete Mehrausgaben bei der Unterbringung der Berufsschule I.

Zu den überplanmäßigen Bereitstellungen zählen laut Marion Fischer außerdem die Beseitigung einer kaputten Mauer an der Pestalozzistraße, der Kauf einer Wasserenthärtungsanlage für die Fachoberschule sowie die Miete für Räume an der Grundschule St. Jakob für drei aufeinanderfolgende Jahre ab 2015.

Die Deckung der Kosten erfolgte durch Mehreinnahmen bei Gastschulbeiträgen und Minderausgaben bei anderen Haushaltsstellen. In der Verbandsversammlung stellte

Stadtkämmerer Roman Preis den Haushalt des Berufsschulverbandes für 2019 vor. Der Verwaltungshaushalt belaufe sich auf 5,9 Millionen Euro – eine Mehrung um 1,2 Prozent.

Wesentliche Ausgaben werden Positionen wie Personalausgaben, Blockschüler und Jugendwohnheim, Berufsintegrationsklasse-Asyl und die Bewirtschaftung der Gebäude sein. Die Ausgaben für die Position Berufsintegrationsklasse-Asyl sind jedoch beispielsweise um 99000 Euro zurückgegangen: „Das ist nicht verwunderlich, da der Bedarf weniger geworden ist“, sagte Preis.

„Zahl der Gastschüler um 35 gesunken“

Die Schülerzahlen in Stadt und Landkreis sind laut Preis um 118 Schüler zurückgegangen (Stichtag: Oktober 2018). Wobei die Stadt 118 Schüler weniger hat und der Landkreis 14 Schüler mehr verzeichnet. „Die Zahl der Gastschüler ist um 35 gesunken“, sagte Preis.

Die Verbandsumlagen belaufen sich im neuen Haushalt laut Preis auf 4,6 Millionen Euro. Dies seien 1849,26 Euro pro Schüler – eine Steigerung um 254,39 Euro.

Ende Januar hat die Verbandsversammlung einer Satzungsänderung

zugestimmt, berichtete Berufsmäßiger Stadtrat Alois Lermer. Da sich zwischenzeitlich durch die Entscheidung zum Bau eines Jugendwohnheims ein neuer Aspekt im Aufgabenbereich ergeben hat. Der Berufsschulverband solle dadurch zu Bau und Betrieb des Wohnheims ermächtigt werden. Das weitere Vorgehen sei noch nicht fertig ausgearbeitet. Das Projekt ist laut Marion Fischer in Planung.

Generalsanierung der Berufsschule I verschoben

Mit einer Eilentscheidung hat Verbandsvorsitzender Markus Pannermayr zugestimmt, dass die Generalsanierung „Bauteil A – Anbau Ost“ der Staatlichen Berufsschule I im Moment nicht weiter verfolgt wird. Schulleiter Johann Dilger habe darum gebeten, zu prüfen, ob eine Verlagerung des Teilbereiches der Kfz-Werkstätte in die Außenstelle nach Bogen möglich ist. Die Unterstellmöglichkeiten würden eine Verbesserung der Unterrichtsqualität bedeuten.

Im Bereich der Elektrotechnik gebe es jedoch einige Änderungen seitens der Regierung von Niederbayern, die zu Schülerverlusten führen könnten. „Solange diese Unsicherheiten beziehungsweise Unklarheiten offen sind, ist es weder

wirtschaftlich noch zielführend, die Generalsanierung mit den vorgeschlagenen Änderungen weiter zu verfolgen“, sind sich die Verbandsmitglieder einig.

Gigabitfähige Glasfaserleitungen

Ende Dezember wurde mit einer Eilentscheidung zugestimmt, dass alle beruflichen Schulen sowie die Fach- und Berufsoberschule an gigabitfähige Glasfaserleitungen gebunden werden. Die Berufsschule III nimmt dabei an einem Förderprogramm teil. Der Eigenanteil an den Gesamtkosten von 11674 Euro beträgt für den Berufsschulverband 6248 Euro. An der Marianne-Rosenbaum-Schule wurden zudem im Januar und Februar die Vergaben der Heizungs- und Lüftungsinstallationen für die Erneuerung der Fenster und die Modernisierung der Schülertoiletten an die Firma Roth und die Straubinger Metallbau GmbH vergeben.

OB Markus Pannermayr teilte zudem mit, dass die MB-Dienststelle von der Marianne-Rosenbaum-Schule an das Amt für Landwirtschaft umgezogen ist. Zudem konnte die Planstelle einer Schulsozialpädagogin besetzt werden, die ihre Arbeit voraussichtlich Anfang Mai aufnimmt.